

Briefing zur COP29 am 18.10.2024

Die Key Takeaways der Workshops

1. 1,5° C – wie kommunizieren, wenn das Ziel außer Reichweite zu geraten droht?

Mit Prof. Dr. Markus Reichstein, Max-Planck-Institut, Jena und Dr. Christiane Textor, Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle

Moderation: Dr. Charlotte Unger, Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit

Im Workshop „1,5° C – wie kommunizieren, wenn das Ziel außer Reichweite zu geraten droht?“ diskutierten die Teilnehmenden wie mit dem Überschreiten von 1,5°C umzugehen sei.

Haben wir 1,5° C erreicht, ist das Ziel außer Reichweite?

- Das temporäre /regional begrenzte Erreichen von 1,5 °C in 2023 lässt sich mit interner Variabilität, Feedbacks des Erdsystems und weiteren Faktoren erklären. Der IPCC geht davon aus, dass 1,5 °C im 20-Jahresmittel der globalen Temperaturerhöhung Anfang der 2030er Jahre erreicht wird. Wichtig ist: 1,5° C ist keine harte Grenze von einem sicheren zu einem unsicheren Klima.
- Die Teilnehmenden waren sich größtenteils einig, dass 1.5°C eher nicht mehr zu halten sei. Zwar wäre das Ziel rein physikalisch und technologisch realisierbar, jedoch gesellschaftlich und wirtschaftlich unrealistisch. Das 1,5°C-Ziel beruht auf wissenschaftlichen Empfehlungen (siehe z.B. IPCC 1,5° C- Bericht), ist vor allem aber ein politisch vereinbartes Ziel, das als Leitmotiv der internationalen Klimadiplomatie fungiert. Seine große politisch-gesellschaftliche Bedeutsamkeit macht die Kommunikation schwierig, da das Risiko besteht, Glaubwürdigkeit zu verlieren.
- Die Ozeane nehmen eine zentrale Rolle ein, da sie seit jeher einen Großteil des CO₂ binden und als Senken fungieren, gleichzeitig erwärmen sich die Meere selbst bei gleichbleibenden atmosphärischen Treibhausgaskonzentrationen noch über Jahre weiter.

Was tun – wie kommunizieren?

- 1,5° C sollte nicht in Frage gestellt werden, das Ziel ist weiterhin richtungsgebend. Auch bei Setzung des Ziels war zu erkennen, dass seine Erreichung schwierig würde, aber seine Fundamentierung, wie im Pariser Abkommen vereinbart, hat sich nicht geändert. Die Diskutierenden gingen nicht davon aus, dass die Länder auf der COP 29 von 1,5°C abrücken werden, sondern dass das Ziel weiterhin am Leben gehalten werde. Bspw. würde weiterhin daran gearbeitet, die nationalen Beiträge (NDCs) „1,5° C -kompatibel“ zu machen.
- Jedes „Zehntel“- oder „Nano“-Grad, das wir näher an 1,5°C bleiben, zählt. Ein mögliches Nicht-Erreichen von 1,5°C sollte als Ansporn für mehr Anstrengungen und nicht als Ausrede der Ziel-Aufgabe genommen werden.
- Die ehrliche, transparente und ganzheitliche Kommunikation durch Wissenschaft und Politik um 1,5°C ist zentral. Dies gilt sowohl für die Bedeutung der (Nicht-)Einhaltung von 1,5°C, als auch für die Erklärung von möglichen Zukunftspfaden; z.B. welche Modelle, Szenarien, und Grundannahmen wie Overshoots und Negativemissionstechnologien sie enthalten und welche gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und physikalischen Risiken sie bergen. Ein stärkeres interdisziplinäres und übergreifendes Zusammenarbeiten aller beteiligten Akteure ist notwendig. Bspw. sind in der Kommunikation Pfade hilfreicher als CO₂-Budgets, da sie

viele Aspekte abbilden können und einen Weg in die Zukunft zeigen. Auch weniger beachtete Themen, etwa Klimaanpassung, müssen gestärkt werden.

- Eine positivere, gleichzeitig nicht beschönigende Kommunikation, zu den Chancen von Klimaschutz bleibt wichtig. Die Teilnehmenden betonten die Vorteile einer sehr viel positiveren Kommunikation über Möglichkeiten, positive Zukunftsvisionen und Gewinn an Zufriedenheit und Umweltqualität. Hier sei es wichtig, bei den einzelnen Akteuren (Individuen, Städten, Ländern) anzusetzen, um ihre Handlungsfähigkeit zu verdeutlichen und Ängste zu nehmen. Eine Priorität sollte es sein, zu zeigen, dass die Verantwortung bei der gesamten Gesellschaft liegt, um dem Eindruck entgegenzuwirken, dass die junge Generation die Kosten des Klimawandels zu tragen habe.

2. Loss & Damage – was ist der aktuelle Stand?

Mit Karsten Löffler, Global Shield Solutions Platform und Laura Schäfer, Germanwatch

Moderation: Tilman Santarius, Deutsches Klima-Konsortium

- Loss & Damage (L&D) bezieht sich auf die unvermeidbaren negativen Auswirkungen des Klimawandels auf Gesellschaften und die Umwelt, die vor allem die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig stark treffen. Die finanziellen Schäden für Entwicklungsländer bis 2030 werden auf 290–580 Milliarden USD geschätzt. Umfassende Maßnahmen zur Bewältigung von L&D müssen unter anderem finanziellen Schutz, Notfallhilfe, Wiederaufbau, alternative Lebensgrundlagen und die Berücksichtigung nicht-ökonomischer Verluste umfassen.
- Der Globale Schutzschirm (Global Shield), eine gemeinsame Initiative der V20 und der G7, zeigt beispielhaft, wie Loss & Damage in der Praxis proaktiv angegangen werden kann, indem finanzielle Risiken adressiert werden. Der Prozess stellt sicher, dass V20-Länder gleichberechtigt beteiligt sind.
- Die COP29 muss entscheidende Fortschritte bei Loss & Damage (L&D) erzielen. Dazu gehört die Erhöhung der L&D-Finanzierung und die vollständige Operationalisierung des Fonds. Die verstärkte Koordination von L&D-Maßnahmen im Rahmen der UNFCCC-Landschaft, insbesondere durch die Überprüfung des Warschauer Internationalen Mechanismus (WIM), ist ebenfalls essenziell.
- Um mittel- und langfristig eine stabile Finanzierung für L&D sicherzustellen sollten Kriterien etabliert werden, nach denen Ländern ihre Finanzbeiträge leisten. Wünschenswert wäre, dass diese Kriterien aufbauend auf Artikel 3 UNFCCC nach Maßgabe unterschiedlicher Verantwortlichkeiten und Kapazitäten definiert werden. Zudem sollten die Finanzbeiträge für L&D zusätzlich zu bereits zugesagten Finanzierungen anderer UNFCCC Mechanismen erfolgen.
- Beim Umgang mit Loss & Damage und insbesondere bei der Finanzierung in den betroffenen Ländern sollten neben klimabedingten Ursachen von Schäden auch andere strukturelle und politische Ursachen berücksichtigt werden. Die Komplexität der verschiedenen Einflussfaktoren von Loss & Damage muss dabei in den Blick genommen werden.

3. Klimafinanzierung – welche Mittel und innovativen Maßnahmen?

Mit Prof. Dr. Reimund Schwarze, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig (UFZ) und Frank Sibert, BNP Paribas S.A. Niederlassung Deutschland

Moderation: Marie-Luise Beck, Deutsches Klima-Konsortium

- Weltweit fließen bereits erhebliche Mittel in den Klimaschutz. Das neue Klimafinanzierungsziel - „New Collective Quantified Goal on Climate Finance“ / NCQG - aber muss sich an den tatsächlichen, transparenten und nachvollziehbaren Bedarfen der Empfängerländer ausrichten. Das bedeutet, dass die globale Staatengemeinschaft für die zweite Hälfte dieser Dekade (2025 – 2030) in etwa eine Verzehnfachung der Mittel erreichen muss. So unterschiedlich die Verhandlungspositionen verschiedener Länder(konsortien) zum NGQC derzeit sein mögen, besteht über diese Größenordnung Einigkeit.
- Das Ziel von Baku besteht nicht nur in der Festlegung eines möglichst hohen NCQG, sondern ebenso in der Strukturierung der Mittel. Bislang erreichen die Gelder die wirtschaftlich schwächsten Länder nicht in ausreichendem Maße, weil sie beispielsweise die Bedingungen für die angebotenen Kredite nicht erfüllen können; das gilt insbes. für hochverschuldete Länder des Globalen Südens. Wenn Gelder nicht abgerufen werden können oder die Bedarfe der Empfängerländer nicht ausreichend berücksichtigt werden, entsteht nicht nur eine hohe Unzufriedenheit mit allen Folgen für die multilaterale Zusammenarbeit – sondern auch eine hohe Wahrscheinlichkeit für das Scheitern der Pariser Klimaziele insgesamt.
- Der Vorschlag, Schwellenländer stärker in die internationale Klimafinanzierung einzubeziehen, ist angesichts deren wachsender Emissionen berechtigt. Eine Erweiterung der Geberbasis würde aber die Struktur des Pariser Abkommens aufbrechen müssen (Annex I, Annex II, ...), wofür Schwellenländer schon heute Widerstand signalisieren. Diese Strategie ist daher vermutlich weniger erfolgversprechend als die Schwellenländer über andere Strukturen an den Transformationsaufgaben angemessen zu beteiligen. Zudem darf dies nicht dazu führen, dass die historische Verantwortung der Industrieländer verwischt oder abgeschwächt wird.
- Aus der deutlich überproportionalen (Über-)Nutzung ökologischer Ressourcen durch weltweit nur wenige Wohlhabende wird unter Gerechtigkeitsaspekten die Forderung nach angemessener Beteiligung dieser Gruppe immer bedeutender. Brasilien hat der G20 einen Vorschlag für eine globale Mindeststeuer für Milliardäre vorgelegt, der breite Unterstützung bei Ökonom:innen und weiteren Staaten findet. Was bei der Mindeststeuer für multinationale Unternehmen erreicht wurde, ist auch für Milliardäre politisch möglich. Der Ansatz einer solchen Steuerreform sollte auf die Agenda der G20 gesetzt werden. Beachtet werden muss jedoch, dass diese Debatte Verteilungskämpfe und kreative Vermeidungsstrategien der Super-Reichen befeuern wird. Nicht zuletzt deshalb ist das Vorantreiben eines globalen CO₂-Preises parallel dazu weiterhin dringlich.
- Eine Verzehnfachung der internationalen Klimafinanzierung ist grundsätzlich möglich. Der Markt steht bereit, in diesen Größenordnungen in die grüne Transformation zu investieren. Private Klimafinanzierungsakteure benötigen für einen beschleunigten Übergang zu klimafreundlichen Investitionen verlässliche Rahmenbedingungen und langfristig tragfähige Geschäftsmodelle. Staatliche finanzielle Unterstützung ist anfangs für jene Projekte erforderlich, die aufgrund politischer oder wirtschaftlicher Unsicherheiten keine stabilen Investitionsbedingungen gewährleisten.

4. Klimaneutrale Industrie – wie erreichen wir globalen Fortschritt?

Mit Prof. Dr. Jan Steckel, MCC und Lizzie Herzog, Salzgitter AG

Moderation: Johannes Schroeten, Stiftung KlimaWirtschaft

- Gemeinsames Verständnis europäischer Industriepolitik notwendig für eine wirksame internationale Rolle Deutschlands und der EU: Es braucht eine gemeinsame europäische Industriepolitik, welche die Dekarbonisierung der bestehenden Industrie und den Aufbau von Zukunftstechnologien unterstützt. Eine EU-Industriestrategie muss priorisieren, in welchen Bereichen Europa seine industriellen Stärken sichern und ausbauen sollte und kann so auch die Außenpolitik der EU leiten. Der Clean Industrial Deal bietet das Potential für eine auf Klimaneutralität ausgerichtete europäische Industriepolitik. Wichtig ist, den Clean Industrial Deal auch mit außen- und handelspolitischen Maßnahmen zu flankieren, damit er die globale Transformation der Industrie voranbringt.
- Internationale Kooperation für Industriedekarbonisierung stärken: Die Transformation der Industrie muss stärker in den Fokus bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit rücken. Bilaterale Partnerschaften und multilaterale Initiativen, die z.B. von Entwicklungsbanken unterstützt werden, spielen eine Schlüsselrolle dabei, Nachhaltigkeitsstandards und saubere Technologien global zu verbreiten. Dies kommt der europäischen Industrie zugute, z.B. durch Zugang zu erneuerbarer Energie, und schafft ein Level-Playing-Field. Die nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs), die unter dem Paris Abkommen bis Anfang 2025 aktualisiert werden müssen, sollten Dekarbonisierungsziele für den Industriesektor beinhalten.
- Standards für klimafreundliche Produkte international voranbringen: Deutschland und die EU müssen als Standardsetzerin vorangehen. International einheitliche Zertifizierungen von klimafreundlich hergestellten Grundstoffen ermöglichen fairen globalen Wettbewerb und die Schaffung von grünen Leitmärkten. Einzelne Industriebranchen entwickeln bereits Zertifizierungen für emissionsarme Grundstoffe (z.B. der [„Low Emission Steel Standard“ \(LESS\)](#)). Der von den G7 gegründete „Klimaclub“ kann mit seinem Fokus auf die industrielle Dekarbonisierung eine wichtige Rolle spielen, international eine stärkere regulatorische Koordinierung zu ermöglichen und die internationale Anschlussfähigkeit von in Deutschland und der EU entwickelten Standards zu sichern.